



Die Beratungen über die Postgebühren.

§§ In der Ergänzung der Entwürfe über die Neuregelung der Postgebühren, die nunmehr im Verkehrsbeirat zur Debatte stehen und auf deren Durchführung die Reichspostverwaltung dringen zu müssen glaubt, sind unter anderem folgende Gebühren vorgeschlagen: Postkarten im Ortsverkehr 8 Mk., Fernverkehr 6 Mk.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Mk., im Fernverkehr bis 20 Gramm 10 Mk.; Pakete in der Nahzone bis 5 Kgr. 30 Mk., in der Fernzone 80 Mk. Auslandsbriefe für 20 Gramm 20 Mk. Telegraphengebühren: Im Ortsverkehr Mindestgebühr 30 Mk. (pro Wort 3 Mk.), im Fernverkehr Mindestgebühr 50 Mk. (pro Wort 5 Mk.), Fernsprechegebühren: Erhöhung der durch das Fernsprechegebührengesetz bestimmten Gebührensätze um 700 Proz. Postanweisungen bis 100 Mk. = 6 Mk., bis 250 Mk. = 8 Mk., 250 bis 500 Mk. = 10 Mk., 500 bis 1000 Mk. = 12 Mk. usw.

Die Reichspostverwaltung erklärt, daß durch Festsetzung dieser Gebühren, die am 1. Oktober in Kraft treten sollen, immer noch ein Defizit von 15 Milliarden zu decken ist.

§§ Der Verkehrsbeirat hat sich, wie verlautet, nicht entschieden können, die Gebührenerhöhung auf der Basis von 10 Mk. für einen Fernbrief zuzulassen. Man hielt eine Verdoppelung der gegenwärtig geltenden Postkarten-, Brief- und Telegraphengebühren für das Beste, was im Interesse des Verkehrs zulässig wäre. Die Verhandlungen dauern an.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Reparationen.

§§ Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und den belgischen Delegierten in Berlin sollen am Mittwoch vormittag beginnen. Die an den Verhandlungen beteiligten deutschen Ressorts haben am Montag im Reichsfinanzministerium eine Besprechung gehabt. Die Besprechungen mit den Parteiführern haben noch nicht stattgefunden. Sie sollen, wie verlautet, noch vor Aufnahme der Verhandlungen am Dienstag erfolgen.

Brüssel, 4. September. (Agence Belge.) Die Minister Theunis und Jaspars empfingen heute die belgischen Delegierten Delacroix und Vernelmans, sowie den Bankier Philippson, welcher der belgischen Delegation für Berlin beigegeben werden wird. Zur Beratung standen die Garantien, welche man von Deutschland für die Wechsel verlangen sollte, die Belgien gegeben werden. Theunis drückte den Wunsch aus, daß die Verhandlungen mit größtmöglicher Eile geführt würden, und daß die belgischen Delegierten, abgesehen von Golddepots, nur solche Garantien annehmen sollten, die durch tatsächliche Bezahlung ermöglicht werden. Die belgischen Delegierten werden um Mitternacht nach Berlin abreisen.

Einer Brüsseler Meldung des „Tempo“ zufolge ist die Stimmung in belgischen politischen Kreisen optimistisch. Man glaubt, mit der Reichsregierung zu einer Verständigung zu gelangen. Eine Ergänzung dieses Berichtes wird durch ein Interview gegeben, das einer der belgischen Delegierten dem belgischen Berichterstatter des „Intransigent“ gewährte. Der betreffende belgische Unterhändler, dessen Name nicht genannt ist, sprach sich hierbei dahin aus, daß Belgien von der Reichsregierung Garantien verlangen werde, die es ihm ermöglichen, 270 Millionen deutscher Schatzwechsel je nach Bedarf ganz oder teilweise bei der Bank von England, bei der Holländischen Bank oder bei dem Garantietrust bei Sicht zu realisieren. Als solche Garantie würde es a. V. genügen, wenn die Reichsbank sich verpflichtete, einen der Garantie entprechenden Teil ihres Goldbestandes unter allen Umständen unberührt zu lassen. Die für die Diskontierung der Wechsel ausserordentlichen ausländischen Banken würden sich sicherlich damit zufrieden geben, und Belgien hätte keinen Anlaß, mehr zu verlangen, a. V. die Goldwerte der Reichsbank wegzunehmen und anderwärts zu deponieren. Es sei Deutschland freigestellt worden, andere Vorschläge in Bezug auf die erforderlichen Forderungen zu machen. Deutschland und nicht Belgien habe jetzt das Wort. Die belgischen Delegierten begäben sich nach Berlin, um dort von der Reichsregierung zu hören, welche Garantien sie anbiete, und es werde sich dann erweisen, ob die Reichsregierung mit ihren eventuellen anderweitigen Angeboten genügende Garantien bieten werde oder nicht. Im letzteren Falle habe dann gemäß Entscheidung der Reparationskommission Belgien das Recht, ein Golddepotum seitens der Reichsregierung im Auslande zu verlangen und bei einer neuen Weigerung durch die Reparationskommission eine abschließliche Nichterfüllung feststellen zu lassen. Es sei aber nicht anzunehmen, daß es soweit kommen würde. Im Gegenteil glaube der Delegierte, daß die Verhandlungen, die am Mittwoch morgen in Berlin eröffnet werden, innerhalb drei Tagen zum Abschluß gebracht werden.

* Paris, 5. September. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Dem Brüsseler Korrespondenten des „Petit Journal“ zufolge glaubt man, daß Belgien folgende Garantien für die von Deutschland auszugebenden Schatzwechsel fordern wird: England solle ein Drittel garantieren, Deutschland die Hälfte, das zweite Drittel, das letzte Drittel soll durch eine Goldhinterlegung in einer auswärtigen Bank garantiert werden.

Bradbury über das Reparationsproblem.

Paris, 4. September. Einer Meldung der Agence Havas zufolge hat John Bradbury heute abend die Pariser Vertreter der britischen Presse empfangen und Erklärungen über das Reparationsproblem abgegeben. Er sagte u. a.: Die Frage der Garantien für Schatzwechsel interessiert ausschließlich die belgische und die deutsche Regierung. Indessen würde es für das Interesse Deutschlands und das Interesse der Reparationen nachteilig sein, wenn für einen beträchtlichen Teil der jährlichen Zahlungen die Goldreserven der Reichsbank in Anspruch genommen würden. Im Augenblick kann von einem britischen Beitrag zur Herstellung des notwendigen Garantiefonds nicht die Rede sein. Bradbury führte weiter aus: Ohne eine Herabsetzung der gesamten Reparationssumme oder eine Herabsetzung der jährlichen Zahlungen während einer gewissen Periode könne der Kredit Deutschlands nicht wiederhergestellt werden, und ohne seine Wiederherstellung werde das Finanzsystem Deutschlands und mit ihm die Hoffnung auf Reparationen unvermeidlich zusammenbrechen. Gegenwärtig sei dringendste Aufgabe, daß eine Reform der inneren Finanzen Deutschlands mit Energie in Angriff genommen werde, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und

der Inflation Einhalt zu tun. Die Reparationszahlungen in bar und Natura seien augenblicklich auf einen beträchtlichen Betrag vermindert, daß es möglich sei, sie aus dem Budget zu befriedigen.

Der englische Gewerkschaftskongress für Revision des Verfallener Vertrages.

London, 4. September. Emillie erklärte in einer Rede in Southport (Lancashire) bei einer Demonstration im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftskongress, der heute eröffnet wurde, in England ständen Millionen Menschen am Rande des Verhungerns und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern sie hungerten und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten. An dem Kongress selbst nahmen 800 Delegierte teil, die 5 bis 6 Millionen Arbeiter vertreten. Bei der Eröffnung erklärte der Vorsitzende Walker, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Millionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Die Arbeitgeber benutzten die wirtschaftliche Lage, die schlecht sei, und jeden Tag schlimmer werde, als Entschuldigung für ihren Versuch, die Löhne herabzudrücken. Sie möchten den Arbeitern auch das Mitbestimmungsrecht bei der Kontrolle der Industrie, in der sie beschäftigt sind, abspredigen. Über allen Arbeitern hänge, wie das Schwert an einem Faden, die ständig drohende Arbeitslosigkeit. Dies gerichte die Radikalen zum Vorteil, die diesen Vorteil bis zur äußersten Grenze ausnutzten. Die Arbeitslosigkeit werde in der kommenden Zeit in erschreckendem Maße zunehmen. Zum Schluß trat Walker für die Revision des Verfallener Friedensvertrages, für die Zurückziehung der Wejassunshere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens auf dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht immer bilden, nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein. Diese Frage sei für sie und ihre Genossen in den anderen Ländern eine Frage des täglichen Brotes. Sie verlangten, daß sie geregelt werde und würden dieses auch durchsetzen.

Die dritte Völkerbundstagung.

Genf, 4. September. Die Völkerbundsversammlung bildete heute sechs große Ausschüsse, die sich folgendermaßen in die Arbeiten der Versammlung teilen: 1. Verfassungs- und Rechtsfragen, 2. Technische Organisation, 3. Abrüstung, 4. Haushalt- und Finanzfragen, 5. Allgemeine Fragen, 6. Politische Angelegenheiten. Außerdem wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnung und der Aufnahme eventueller Verhandlungsgegenstände beauftragt. Im Verlaufe der heutigen Sitzung wurde die vorläufige angeordnete Tagesordnung gebilligt.

Der beratende technische Völkerbundsaußenrat für Verkehrs- und Transitfragen beschloß, ein Schlichtungsverfahren über den Streitfall zwischen der deutschen Reichsregierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Anwendung der Verner Konvention in die Wege zu leiten. Die Kommission beabsichtigt, die Angelegenheit einem fünfgliedrigen Ausschuss zu überweisen, von dem drei Mitglieder durch die Verkehrs- und Transitzmission, die anderen beiden von der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes ernannt werden sollen.

Genf, 4. September. Der Völkerbundsrat genehmigte in der Abend Sitzung den Bericht der ständigen Mandatskommission über die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien. Er sprach der Kommission lebhafteste Anerkennung aus und beschloß, den Mandatsmächten die von der Kommission formulierten Wünsche zu übermitteln.

Was Oesterreich vom Völkerbund erwartet.

* Der jetzt in Genf zu seiner dritten Tagung zusammengetretene Völkerbund wird sich auch mit der Lage in Oesterreich befassen haben. Als Vertreter Oesterreichs weichen in Genf der Bundeskanzler Dr. Seipel, der auf Wunsch des Völkerbundes nach Genf berufen wurde, und der Außenminister Grünberger. Dieser hat sich dem Vertreter eines Korrespondenzbüros gegenüber über die Lage in Oesterreich und über die Erwartungen, die man in Oesterreich auf die Hilfe des Völkerbundes hegt, ausgesprochen. Minister Grünberger sagte u. a.:

Man dürfe heute die finanziellen Unterstützungen, die während der letzten drei Jahre Oesterreich von den Großmächten gewährt wurden, nicht vergessen, doch hätten leider die Modalitäten dieser Finanzhilfe betrieblen, wie das österreichische Problem von der Diplomatie mißverstanden worden sei. Die Vorkrisis, die in nicht ausreichendem Ausmaße und in zu langen Intervallen gewährt wurden, hätten ihre Wirkung verfehlt, und Oesterreich habe jede Hoffnung auf Sanierung mittels einer ausgedehnten finanziellen Hilfe des Auslandes fallen lassen müssen.

Der Außenminister besprach sodann die Periode, in der die österreichische Regierung die Erlassung von privaten Krediten anstrebte. Die Vermittlungen hätten im Laufe des Sommers zu einem Erlolge geführt, doch seien neue Schwierigkeiten aufgetaucht, da die Bankiers die Garantie ihrer betreffenden Regierung verlangten. Oesterreich habe sich dann an die Konferenz in London gewendet, um die Garantie zu erreichen, aber die Entente habe die Angelegenheit an den Völkerbund verwiesen. Alle diese Verhandlungen hätten die Lage nur verschlimmert. Die energetischen Reformen, die von dem Kabinett Seipel entworfen und teilweise durchgeführt wurden, seien unwirksam geblieben, und die Errichtung einer Emmissionsbank werde jetzt durch den Einspruch der Anglobank und Länderbank, die eine Abänderung der Statuten wünschten, verzögert.

Der Außenminister erwähnte sodann die Schritte des Kanzlers Seipel in Prag, Berlin und Verona und betonte, daß die Session des Völkerbundes, die in Genf eröffnet wurde, für Oesterreich von größter Bedeutung sei. Der Außenminister beabsichtige, vor diesem internationalen Kongress folgenden Standpunkt zu vertreten: Da es Oesterreich nicht gelungen sei, im Wege der inneren Reformen, durch private Kredite oder mittels einer internationalen Finanzhilfe sich selbst zu retten, stelle Oesterreich an den Völkerbund die Frage, ob er in der Lage sei, Oesterreich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren und die vollständige Entwertung der Krone mit ihren unvermeidlichen Auswirkungen auf Kosten der gesamten Lebenshaltung zu verhindern. Oesterreich erwarte von

dem Völkerbunde rasche und wirksame Finanzmaßnahmen, die der jungen Republik geizt, Atem zu holen und alle inneren Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, ihre wirtschaftliche und industrielle Tätigkeit endlich den Bedingungen anzupassen, die Oesterreich durch die Friedensverträge auferlegt wurden.

Der Außenminister bemerkte schließlich, dieser Appell an den Völkerbund sei der letzte Schritt, der Oesterreich geblieben sei. Wenn die österreichischen Delegierten von Genf mit leeren Händen zurückkommen sollten, würde keine Regierung sich mehr finden, die in Wien die Verantwortung für die Regierungsgewalt übernehmen könne, und die schwersten Komplikationen wären nicht nur im Oesterreich, sondern im ganzen Donauropa zu befürchten.

Ein amerikanischer Protest gegen die Mandatsverteilung.

* Paris, 5. September. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Aus Genf meldet die „Chicago Tribune“: „Die Vereinigten Staaten überreichten eine energische Protestnote gegen die Ausübung des englischen Mandats über die Insel Nauru im pazifischen Ozean, insbesondere gegen die Verlagerung der Phosphate auf der Insel. England teilte 42 Proz. an Neuseeland, 42 Proz. an Australien aus, und den Rest von 16 Proz. behielt es für sich. Man entdeckte, daß der Wert der Insel ungleich größer sei. Die Insel sei in der Lage, der ganzen Welt für viele Jahre Phosphate zu liefern. Der amerikanische Vorkämpfer in London Garves bekam von Staatssekretär Hughes in der letzten Woche den Auftrag anzufordern, wie die amerikanischen Rechte an der Ausübung der Phosphate von Nauru gewahrt werden sollen. Über die Angelegenheit wurde der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes durch den italienischen Delegierten Marquis Imperiali Bericht erstattet, der den Antrag stellte, daß ein ergänzender Bericht von England eingeholt werden solle. Lord Balfour wandte sich gegen diesen Antrag, weil er darin eine Kritik seiner Regierung erblickte. Frankreich und Japan unterstützten selbstverständlich den italienischen Antrag, worauf Balfour zustimmte, daß solche ergänzenden Berichte eingeholt werden, daß man aber keinerlei Kritik der englischen Gebarung vornehmen dürfe.“

Amerika und die europäischen Finanzverhältnisse.

* Paris, 5. September. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Washingtoner Korrespondent der „United Press“ berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den ersten Schritt tun wolle, um in die Wirtschaftsangelegenheiten Europas eingzugreifen. Diesem Korrespondenten zufolge hätte die amerikanische Regierung die Initiative ergriffen, um Verhandlungen mit den Emmissionsbanken der Länder anzugehen, die an gebunden sind, zu dem Zweck, damit eine Stabilisierung der Währungen unternommen werden könnte. Über das Ergebnis einer Konferenz zur Regelung der Wirtschaftsangelegenheiten lasse sich im Augenblick allerdings nichts sagen. Präsident Harding selbst sei es gewesen, der vor wenigen Wochen mit Banken von England, Japan, Spanien und Skandinavien Verhandlungen eingeleitet habe. Bei den genannten Banken sei darüber beraten worden, ob die Möglichkeit bestehe, daß die Währungen aller Länder wieder ins Gleichgewicht gebracht werden könnten. Doch wollten die Amerikaner zunächst keinen festen Platz ausgearbeitet haben.

Mit dieser Meldung der „United Press“ steht eine Washingtoner Meldung des „New-York Herald“ im Widerspruch, wonach die Vereinigten Staaten noch keine Einladung der französischen Regierung bekommen hätten, sich an einer Konferenz zu beteiligen, wie auch die genannte Regierung nicht daran glaube, daß eine derartige Einladung im gegenwärtigen Augenblick erfolgen werde. Man glaubt auch nicht, daß Frankreich eine Einladung ergehen lasse, so lange die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten so unklar sei wie jetzt. Im übrigen sei Präsident Harding überzeugt, daß der Augenblick für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei. Allerdings habe der Präsident in der letzten Zeit einen gewissen Optimismus befunden. Er habe der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die europäischen Staatsmänner die gegenwärtigen Probleme in einem praktischeren und menschlicheren Geiste als früher betrachteten. Infolgedessen habe es der Präsident nicht für ausgeschlossen gehalten, daß die Vereinigten Staaten im gegebenen Augenblick eingreifen würden.

Mittel für die Bereinigung aller Nachfolgestaaten.

— Der ehemalige Ministerpräsident Nitti erklärte einem Vertreter des „Riccolo“ gegenüber, daß durch die Verträge von Versailles und St. Germain verringerte Oesterreich könne weder leben noch funktionieren. Das wirksamste Mittel, das er auch vorschlagen würde, wenn er in diesem Augenblick die Verantwortlichkeit der Regierung hätte, wäre die Bereinigung aller Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, nämlich Italiens, Ungarns, Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens zu einem einzigen Zollgebiet, wodurch eine große wirtschaftliche Einheit, ein mächtiger Zollverein von 120 Millionen Menschen gebildet würde. Andernfalls würden Oesterreich, Ungarn und Polen unerbittlich zugrunde gehen. Rumänien würde verarmen und die Häfen von Triest und Fiume würden verfallen. Diese Union stehe keineswegs im Widerspruch zum Vertrag von Versailles, noch zu einem der abjurden Verträge, die dem ersten gefolgt seien. Es handle sich um eine rein wirtschaftliche Gestalt, um ein großes wirtschaftliches Beden, wo das Leben rasch wieder aufblühen könnte, um eine erste Rückkehr zu den edlen Werken des Friedens. Das wäre die Rettung Triests und die Wiedererhebung Fiumes.

Der griechisch-türkische Konflikt.

London, 4. September. „Daily Express“ zufolge wird aus Konstantinopel gemeldet, daß ein Meinungsaustrausch zwischen den Alliierten bezüglich der Verhinderung der Fortsetzung der Feindseligkeiten in Anatolien stattgefunden habe, wobei die Klärung der Provinz die Grundlage der Verhandlungen bilde. Die Griechen würden in diesem Falle nicht nur das Gelände zu räumen haben, in dem sie kämpften, sondern auch Smyrna und das Gebiet um diese Stadt herum, das ihnen durch den Vertrag von Sevres zugesprochen wurde.

* „Evening Standard“ berichtet, daß die griechische Regierung an die Alliierten herantreten sei, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London wird erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna wie auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Vielmehr würden die Griechen Kleinasien freiwillig räumen. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Wenigstens habe eine Einladung

Der Landesverband der Deutschen Nationalen Volkspartei in Danzig hat sich gegen die Errichtung des polnischen Munitionsdepots im Danziger Hafen gewandt.

Der 11. Deutsche Friedenskongress soll vom 2. bis 4. Oktober in Leipzig stattfinden. Er soll sich in der Hauptsache mit dem Thema 'National und international vom politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkt aus' beschäftigen.

Die Festversammlung des mitteldeutschen Handwerktages in Weimar hat am Montag stattgefunden. Der Vorsitzende übte in seiner Begrüßungsansprache scharfe Kritik an der bestehenden Regierungsmethode.

Der alte Bergarbeiterverband und die übrigen Verbände der Gewerkschaften haben nach der Rheinisch-westfälischen Zeitung sich gegen die Erweiterung der Oberschichten im Bergbau ausgesprochen, die zur Innehaltung der Reparationslieferungen nach dem Plane von Stinnes vorgesehen sind.

Die Munitionsexplosion. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Portiers ist heute früh ein Munitionsdepot, in dem eine Feuersbrunst ausgebrochen war, mit 3000 Granaten in die Luft geflogen.

Die Anführer einer Schmugglerbande konnten jetzt nach langwierigen Beobachtungen durch die Berliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht werden. Sie wurden Sonntag auf dem Bahnhof Friedrichstraße verhaftet und ihr Gepäck beschlagnahmt.

Vererbung einer gewerkschaftlichen Bibliothek. Wie aus Paris gemeldet wird, haben Mitglieder der kommunistischen Partei am Freitagabend die Bibliothek des Gewerkschaftsbundes Oberherrn in Mühlhausen, nachdem sie den ersten Beamten unter einem Vorwand weggeholt hatten, ausgeplündert und für 40 000 Mk. Bücher weggeschleppt.

Allgemeiner Druckerstreik in Wien. Dem Streik der Buchdrucker schlossen sich Montagabend auch die Setzer der Morgenzeitungen an, so daß morgen früh in Wien keine Zeitungen erscheinen.

Die industrielle Krise in der Tschechoslowakei. In den Gebieten von Reichenberg, Stadt und Land, einschließlich Gablonz, Groschwitz, Eintracht, Auschulsdorf, Friedland und Deutsch-Wald ist der Kollektivvertrag gekündigt worden, wodurch mehr als 22 000 Arbeiter in den betriebslosen Zustand treten.

Progressive Einkommen- und Besitzsteuer in Rußland. Das Kollodium des Volkskommissariats für Finanzen sprach sich für die Einführung einer progressiven Einkommen- und Besitzsteuer aus.

Schlesien.

Breslauer Messe.

Der Verkehr in den Vormittagstunden des dritten Messetages war nach dem überraschend starken Betrieb am Montag, der durch die Verkaufszeitverkürzung am Sonntag hervorgerufen war, naturgemäß schwächer.

Mißbrauch beschlagnahmter Papiere.

Der Mißbrauch amtlich beschlagnahmter Papiere hat die deutschen Nationalen Abgeordneten Graf Westarp und Schiele zu nachstehender Anfrage an die Regierung veranlaßt: 'Mitte Juli d. J. fand in Breslau im Bureau der Ortsgruppe Breslau des Bundes der Aufrechten beim Geschäftsführer Mühl eine polizeiliche Durchsuchung statt.

Kommunalpensionäre aus Ost-Oberschlesien.

In einer am 8. d. Mts. abgehaltenen Vorstandssitzung des Verbandes der Kommunalpensionäre Ost-Oberschlesiens brachte der Vorsitzende Bürgermeister Saalmann ein Schreiben des Oberpräsidenten Witta zur Kenntnis, nach welchem derselbe bei dem Minister des Inneren und dem Finanzminister nachdrücklich den Antrag gestellt hat, für die ober-schlesischen Kommunalbeamten und Kommunalpensionäre eine Zweigstelle des Fürsorgeamtes für Beamte aus den Grenzgebieten mit selbständigen Befugnissen in Oppeln einzurichten.

Vorstand beauftragte seinen Vorsitzenden dem Oberpräsidenten Witta und dem Sacharbeiter, Ober-Regierungsrat Janid, für die energische Vertretung der Interessen der Kommunalpensionäre den Dank des Vorstandes auszusprechen.

Der Vorstand war der Ansicht, daß das Vorgehen des Landeshauptmannes wenigstens in den Fällen unbedeutend ist, wo die angeführten Korporationen ihrer Beitragspflicht nachgekommen sind.

Zivilienrecht der Inhaber eines Versorgungsscheines.

Der Bund Deutscher Militärärzte schreibt: Am 1. September wird die neuen 'Anstellungsgesetze' für die Inhaber eines Versorgungsscheines in Kraft treten. Nach deren Bestimmungen sind in Zukunft die Inhaber eines Zivilversorgungsscheines aus dem alten Heere einjährig, Marine, Gendarmen und Schutzmannschaft, des Zivilversorgungsscheines aus dem 100 000 Mann-Heer und der 15 000 Mann-Marine, des Beamtenbesoldungsbescheines der Schwerbeschädigten und des Polizeiverorgungsscheines von den Behörden als Beamtenanwärter zu übernehmen.

Bunzlau, 4. September.

Der Wirtschaftsverband der Landwirte des hiesigen Kreises hielt hier eine zahlreich besuchte Versammlung ab, an der auch Vertreter der Städte und Kreisbehörden, des Ernährungs- und des Prüfungsausschusses und der Verbrauchervereinigungen teilnahmen.

Ratibor, 4. September.

Über das Eisenbahnunglück auf der Station Annaberg erfährt die 'Ober-schlesische Rundschau' folgende Einzelheiten: Der um 8 Uhr abends von Loslau in Annaberg eintreffende Personenzug 1088 hält gewöhnlich auf einem toten Gleise, an dessen Ende ein Stellwerk angebracht ist.

Breslau, 5. September.

Die Feuerungswelle steigt munter weiter. Wenn man morgens die Augen aufschlägt, wird einem fast an jedem Tage die Kunde, daß irgend eine Ware wieder sprunghaft geliegen ist. In den letzten Tagen war z. B. inländischer Zucker nicht zu haben; heute erfährt man durch die Zeitung, daß der Preis dafür sich verdoppelt hat.

Die Verkaufsstelle für Netz- und Streckenarten der städtischen Straßenbahn.

An der Elisabethstraße 3/4 wird am Mittwoch, den 6. September, wegen zu geringer Manpowernahme durch das Publikum ihren Betrieb einstellen. Vom 7. September ab werden diese Karten erstmalig nur noch in der Kasse der städtischen Straßenbahn, Steinstraße 71/73, ausgestellt.

W.A. aus Berlin wird uns berichtet: Zwei bisher in Breslau tätig gewesene Künstler verließen es, anläßlich der Aufführung des 'Lobengrin' in der neu eröffneten Großen Volksoper sich hier in gewaltigen Respekt zu setzen.

Überall im Reiche regt sich das Moskowitertum und die letzten Ausschreitungen der kommunistischen Jugend in Charlottenburg sind eine hübsche Illustration zu der Behauptung des Reichskanzlers Dr. Brüning: 'Der Feind steht rechts!'

Man schreibt uns: Die schwere Sturmflut, die vor einigen Tagen die ostpreussische Nordseeinsel Wangeroog heimgelacht hat, ist um so furchtbarer, als Wangeroog und die benachbarten ostpreussischen Inseln erst im November 1921 bedeutende Sturmschäden erlitten haben.

Das 400 Seelen zählende Eifelbörchen Kronenburg.

Das 400 Seelen zählende Eifelbörchen Kronenburg spielt wie im vorigen Jahre drei Monate allsonntäglich so heuer wieder vor Tausenden von Menschen seinen 'Tell'. Vor Beginn des Spiels, lange vor dem Lieb des Fischerknaben fingen und tanzen oben auf der Matten Grün die großen Eifel-Schweizer-Semmerinnen, die die Kühe um die Alm-Ämmer treiben.

F. P. S. In welchem Maße die Regerebölterung in den Vereinigten Staaten am geistigen Leben des Landes teilnimmt.

In welchem Maße die Regerebölterung in den Vereinigten Staaten am geistigen Leben des Landes teilnimmt, zeigt an ihrem Verste die Tatsache, daß es in der Union 118 Zeitungen und 14 Zeitschriften gibt, die im Besitz von Regern sind und von diesen geleitet werden.

Table with 4 columns: Station, 3, 4, 5, 6. Rows include Ratibor, Cosel, Krappitz, Neisse, etc.

Wasserstandsberichte.

Table with 4 columns: Station, 3, 4, 5, 6. Rows include Ratibor, Cosel, Krappitz, Neisse, etc.

Niedrigwasserhocherlage.

Table with 4 columns: Station, 3, 4, 5, 6. Rows include Ratibor, Cosel, Krappitz, Neisse, etc.

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

Table with 4 columns: Station, 3, 4, 5, 6. Rows include Ratibor, Cosel, Krappitz, Neisse, etc.

Wetternachrichten. Nachdem sich über Binnland sehr hoher Luftdruck entwickelt hat, breitet er sich langsam nach Süden aus.

